Streit um geplanten Erfurter Moscheebau verschärft sich

16. März 2017

Erfurt (KNA) Der Streit um die geplante Moschee in Erfurt-Marbach droht zu eskalieren. Nach einem Aufruf der Gruppierung „Antifaschistische Koordination Erfurt“, bei einer Demonstration am 22. März die sieben Holzkreuze auf dem Nachbargrundstück des vorgesehenen Moschee-Standorts zu fällen, mahnen die Kirchen zur Besonnenheit. Die Kreuze hatten Moschee-Gegner zum Protest gegen das Vorhaben errichtet. In einer am Dienstagabend verbreiteten gemeinsamen Erklärung betonten die evangelische mitteldeutsche Bischöfin Ilse Junkermann und der katholische Erfurter Bischof Ulrich Neymeyr: „Wer die Religionsfreiheit infrage stellt, sollte sich fragen, ob er auf dem Boden unseres Grundgesetzes steht.“ Die Verfassung spreche Religionsgemeinschaften das Recht auf freie Religionsausübung zu. Es gelte „selbstverständlich“ auch dann, wenn sich Religion in Architektur ausdrücke. Die Kirchen bekräftigten ihre Kritik an der Form des Protestes gegen die Moschee. „Das Kreuz als Symbol des Christentums ist ein Zeichen der Gewaltlosigkeit, kein Kampfeszeichen“, mahnten Neymeyr und Junkermann. Wer das Kreuz benutze, um Stimmung gegen andere Glaubensrichtungen oder gegen Andersdenkende zu machen, missbrauche dieses christliche Symbol. Unterdessen drohte der Besitzer des Grundstücks, die Mainzer Aufbaugesellschaft, den Initiatoren der Kreuz-Aktion mit juristischen Konsequenzen. Es handle sich um widerrechtliches Betreten fremden Eigentums und widerrechtliches Aufstellen von politischen Protestzeichen. „Nachdem wir von den Vorgängen erfahren haben, haben wir uns umgehend mit der Stadt Erfurt sowie Vertretern der katholischen und evangelischen Kirchen in Erfurt in Verbindung gesetzt“, erklärte die Immobilientochter der Stadt Mainz dem MDR Thüringen. Die Kreuze müssten umgehend von den Aufstellern entfernt werden. Anfang März hatten Moschee-Gegner zunächst ein rund zehn Meter hohes Holzkreuz neben dem geplanten Bauplatz errichtet. Nachdem es umgestoßen worden war, stellten sie ein weiteres, vier Meter hohes Kreuz auf. Weitere Protestkreuze folgten. Beteiligt an den Aktionen waren unter anderem eine Gruppierung namens „Bürger für Erfurt“ sowie Rechtsextremisten aus Halle/Saale und eine „Ein-Prozent“-Kampagne. Der Moscheebau ist seit Monaten umstritten. Die Ahmadiyya-Gemeinde plant ein Gebäude mit Kuppel und Zierminarett. Es wäre der erste Moschee-Neubau in Thüringen und – mit Ausnahme von Berlin – nach Leipzig und Chemnitz das dritte derartige Projekt in einem ostdeutschen Bundesland. Die Kirchen und alle im Thüringer Landtag vertretenen Parteien außer der AfD begrüßen das Vorhaben grundsätzlich.

(KNA – rknlp-89-00086)

Stand: 27. November 2026